

Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Zeitung
in der Wilhelmstr. 17.
G. A. Schlech, Hoflieferant,
Dr. Gerber- u. Breitestr.-Gäte,
als Buchdruckerei in Firma
J. Lennemann, Wilhelmplatz 8.

Verantwortlicher Redakteur:
I. B. J. Hirschfeld
in Posen.

Mr. 322 Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentäglich zwei Mal, am Sonn- und Festtagen folgender Tagen jedoch nur zwei Mal, am Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt jährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,25 M. für ganz Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgaben der Zeitung sowie alle Postämter des deutschen Reiches an.

Posener Zeitung

Neunundneunzigster Jahrgang.

Montag, 9. Mai.

Passate, die schlagspaltene Zeitzeile oder deren Teile, in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 25 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an benannte Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

59. Sitzung vom 7. Mai, 11 Uhr.

(Nachdruck nur nach Nebereinkommen gestattet.)

Der Gesetzentwurf, betr. die Verlegung der Bahn- und Brücke wird in dritter Berathung unverändert angenommen. Die dazu vorliegenden Petitionen werden durch die Beschlussfassung für erledigt erklärt.

Es folgt die zweite Berathung der Sekundärbahnhvorlage. Die Kommission beantragt die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs und schlägt folgende Resolution vor: Die Regierung aufzufordern, die für den Erneuerungsbau von Bahnhöfen erforderlichen Bedürfnisse im dem Staatshaushaltsetat aufzubringen und demgemäß die Mittel zur Befriedigung derselben auf dem für den Etat gegebenen Wege (also nicht durch Anleihe) zu beschaffen.

Eine von schleswigholsteinischen Abgeordneten eingebrachte Resolution Dr. Seelig fordert die Staatsregierung auf, bei Ausführung des Bauplans im Einzelnen eine Unterbrechung der bestehenden Verkehrswwege sowie die Errichtung der Herstellung neuer, speziell der Gemeinde Garde mit der Stadt Kiel verbindingende Strafanlage möglichst zu vermeiden.

In der Einzelberathung befürwortet

Abg. v. Ende (cons.) die Fortsetzung der projektierten Linie Stettin-Jasenitz bis nach Ueckermünde.

Die Linie Stettin-Jasenitz (5300000 M.) wird darauf bewilligt.

Abg. vom Heede (nl.) glaubt aus der Höhe der für die Linie Baderborn-Büren geforderten Summe schlüsseln zu dürfen, daß man diese Bahn später nach Brilon weiterführen wolle. Die Interessen von Büren neigen aber hauptsächlich nach Westen, und es würde sich anstatt einer Verbindung Baderborn-Büren eine solche von Büren nach Geesten empfehlen. Redner beantragt darum, diesen Punkt zur nochmaligen Berathung an die Kommission zurückzuverweisen.

Minister Thielen erwideret, daß die Regierung auf Grund reiflicher Erwägungen zu ihrem Projekt gekommen sei.

Abg. Hesse (Btr.) tritt für den Regierungsvorschlag ein, der die wirtschaftlichen Interessen Baderborns berücksichtige.

Nachdem noch die Abg. v. Pilgrim (fr.) und Humann (Btr.) gegen, Abg. Dr. Sattler (nl.) für die Zurückverweisung gesprochen, wird gemäß dem Kommissionsantrage die Bewilligung beschlossen.

Die Forderungen für die Linie Gramenz-Bublitz (1990000 M.), Schivelbein-Polzin (2450000 M.), Greitemünde-Stade (6569000 M.), Bierfeld-Türkismühle werden debattetlos bewilligt, desgleichen die Forderung von 19104920 M. zur Anlage von zweiten und dritten Gleisen.

Bei der Forderung von 35263840 M. zu Bauausführungen, wozu zur Position „Bahnhof in Kiel“ die Revolution Seelig zur Berathung steht, führt

Abg. Walbrecht (nl.) die Überschreitung der Anschläge für Eisenbahnbauten auf den Mangel an technisch gebildeten Beamten bei den Eisenbahnbüroden zurück. Die Gewohnheit der Eisenbahnverwaltung, vorzugsweise Juristen anzustellen und diesen ausschließlich die guten Stellen vorzuhaben, die Techniker aber als Stieffinder zu behandeln, räche sich. Denn nur dieses von der Regierung begolgte Anstellungsysteem sei schuld daran, daß die Voranlässe für die Eisenbahnbauten sich später als unrichtig erweisen. Die Verhältnisse der Bautechniker müßten von Grund aus geändert und verbessert werden.

Minister Thielen: Neben die Wünsche des Vorredners kann ich hier keine Erklärungen abgeben, da wir nicht über den Etat verhandeln. Die ungünstigen Engagements-Verhältnisse der Bautechniker röhren daher, daß in den höheren Stellen, in den Betriebsdirektionen und bei der Regierung wenig Stellen für Ingenieure sind. Dieses Verhältnis blos behufs einer Erleichterung des Avancements zu ändern, ist nicht ratsam. Die schlimme Lage, in welche die jungen Techniker oft kommen, röhrt zum Theil daher, daß sie, sobald sie in eine bessere Stellung in der Neubaubewaltung gelangen, sich verhetzen, obgleich sie hernach wieder in die ungünstigeren Verhältnisse in der allgemeinen Verwaltung zurückkehren. Aber auch in solchen Fällen wird seitens der Verwaltung die weitgehendste Rücksicht genommen. Ich weise den Vorwurf zurück, daß der Eisenbahnminister in Preußen die Techniker als Stieffinder behandelt.

Abg. Dr. Sattler (nl.) empfiehlt für die Zukunft eine getheilte Bewilligung der Forderungen für neue Eisenbahnbauten, zunächst für die Vorarbeiten und später für die definitive Ausführung der Arbeiten. So werde man es vermeiden, daß die Voranlässe überschritten werden.

Abg. Kieschke (lib.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Walbrecht und führt aus, daß für die Techniker vom früheren Minister sehr viel gethan worden sei, und daß man nicht sagen könne, es gehe diesen Beamten schlecht. Durch solche Anerkennungen trage man nur Zwiespalt in die einzelnen Beamtenkategorien. In der Frage der Mehrkosten der Bahnanlagen stellt sich Redner auf die Seite derjenigen, welche es sehr bedauern, daß die für Bahnhäute bewilligten Kredite überschritten werden. Der Vorschlag des Vorredners sei sehr annehmbar, die Regierung werde bei Annahme dieses Vorschlags selbst darauf berachtet sein, möglichst genaue Kostenanlässe zu machen. Zeige es sich aber trotz aller Sorgfalt, daß die bewilligte Summe nicht ausreiche, so müsse dem Hause sofort davon Mittheilung gemacht und von ihm die Bewilligung der Mehrkosten verlangt werden.

Abg. Dr. Lieber (Btr.): Die Erklärungen des Finanzministers und des Eisenbahnministers, welche für die Zukunft eine Vermeidung von Überschreiterungen der Voranlässe, soweit das möglich sei, in Aussicht stellten, müssen dem Hause für jetzt durchaus genügen. Man müßt erst die Erfüllung dieser Zusicherung abwarten. Vor dem Betreten des vom Abg. Sattler vorgeschlagenen Weges, erst die Vorarbeiten und dann den definitiven Bau zu bewilligen, muß entschieden gewarnt werden. Wir würden dann in einem unerlösen Meer von Projekten treiben und einem verstärkten Wettbewerb um neue Bahnen gegenüberstehen. In der Kommission hat

der Kommissar des Eisenbahnministers erklärt, daß der Eisenbahnminister sich bereit und dem Finanzminister gegenüber für gebunden erachtet, größere Eisenbahnbauten ohne ausdrückliche Zustimmung des Finanzministers und ohne vorherige Nachtragsbewilligungen nicht in Angriff zu nehmen, wenn sich ergebe, daß die gesetzlich zur Verfügung stehenden Mittel nicht ausreichen. Um dieser Erklärung verstärkten Werth für die Zukunft zu verleihen, sind zwei Anträge des Inhalts gestellt worden, die Erwartung auszusprechen, daß der Ausführung von Eisenbahnbauten die bewilligten Kredite nicht überschritten werden und daß zu diesem Zwecke mit der Ausführung der Bauten nicht eher begonnen werde, als bis auf Grund voraussichtlicher Voranlässe festgestellt sei, daß die vom Landtag bewilligten Mittel voraussichtlich ausreichen. Wenn diese Anträge von der Kommission abgelehnt werden, so sollte damit nicht dem bisherigen Verfahren zugestimmt werden. Aber man glaube, sich mit den Erklärungen von Regierungssseite begnügen zu können, und dabei möge das Haus es auch bewenden lassen und sich seine Sellung für die Zukunft noch vorbehalten.

Abg. Rickert (df.): Auch ich meine, daß wir in dieser Frage jetzt keine Stellung nehmen sollen. Die Sache wird sich nicht so leicht lösen lassen. Ich habe es immer bedauert, daß in Preußen die Erledigung budgetrechtlicher Angelegenheiten so lange auf sich warten läßt, viel länger als im Reich. So haben wir schon lange verlangt, daß die Rechnungslegung über die Bauausführungen einzeln im Etat geführt wird, wie es im Reiche schon lange geschieht. Indessen steht darüber zu reden, hat keinen Zweck. Wir lassen es vorläufig so wie es ist, wir werden aber seiner Zeit darauf dringen, daß sämtliche Ausgaben für Eisenbahnbauten regelrecht einzeln in den Etat eingestellt werden.

Abg. Frhr. v. Heeren (ctr.) wünscht die Verbreiterung der Treppe zu dem Hauptbahnhof auf dem Bahnhof zu Münster.

Minister Thielen erklärt, daß die geforderte Erweiterung bereits in Aussicht genommen sei.

Abg. Dr. Seelig (df.) befürwortet seine Resolution unter Darstellung der Verhältnisse, wie sie in Kiel bestehen würden, wenn dort der Umbau des Bahnhofes nach dem vorgelegten Projekt ausgeführt würde. Der Umbau des Bahnhofs, wie er jetzt erfolgen sollte, habe eine große Erregung unter der Bevölkerung hervorgerufen, da einerseits die Verkehrswwege unterbrochen werden, so daß große Umwege nötig seien, andererseits die Ausgestaltung der Verkehrswwege erschwert werde.

Abg. Peters (nl.) schlägt sich als Mittragsteller diesen Ausführungen an. So wünschenswerth der Umbau des Bahnhofes in Kiel sei, so müsse doch das Projekt Bedenken erregen.

Geh. Rath Jungnickel betreitet, daß das neue Bahnhofuprojekt die Ausgestaltung der städtischen Verkehrswwege erütteln wird.

Minister Thielen erklärt, daß, wenn die Endabfahrt des Antrages sei, ein Hochbahnhofprojekt der Regierung aufzudrängen, die ausgeworfene Summe hierfür nicht ausreiche. Deshalb möge das Haus die Resolution ablehnen.

Abg. Graf zu Limburg-Stirum (cons.) spricht sich ebenfalls gegen die Resolution Seelig aus.

Die Resolution Seelig wird darauf abgelehnt.

Die Forderung von 35363840 M. für Bauausführungen wird bewilligt.

Darauf vertagt sich das Haus auf Montag 11 Uhr. Anträge Rickert über die Umgestaltung des Schloßplatzes und über die Ergebnisse der neuen Einkommensteuer. Fortsetzung der heutigen Berathung.

(Schluß 3½ Uhr.)

Deutschland.

Berlin, 8. Mai. Die Berathungen der konservativen Fraktion des Abgeordnetenhauses über die Änderungen des Parteidoktrinums sind bisher mit strengster Wahrung des Geheimnisses geführt worden. Die Mitglieder der Fraktion haben sich verpflichten müssen, nichts über diese Verhandlungen zu erzählen, und die konservative Presse ist ebenfalls gehalten worden, Schweigen zu beobachten. Für die konservativen Provinzblätter bedeutet diese Pflicht keine Selbstüberwindung, da sie einfach nichts erfahren haben, was sie berichten könnten. In der „Kreuzzeitung“ aber, die natürlich Bescheid weiß, sitzen ein Paar Häupter der konservativen Fraktion als Redakteure, die Herren von Hammerstein und Dr. Kropatschek, und beide werden nicht eher reden wollen, als bis es ihnen Zeit scheint. Morgen Abend wird eine offenbar besonders wichtige Sitzung der Fraktion stattfinden; die Mitglieder sind eigens zum vollzähligen Erscheinen aufgefordert worden. Die Aufnahme der Judenfrage in das konservative Parteidoktrinum bildet nur einen Theil der wichtigen Änderungen, auf die der antihelldorff'sche rechte Flügel dringt. Wie sich die Konservativen die Behandlung der Judenfrage denken, darüber braucht man sich nicht den Kopf zu zerbrechen. Es wird noch Gelegenheit genug sein, die Beschlüsse der Fraktion zu besprechen, wenn sie erst vorliegen. Selbstverständlich wollen auch die schärfsten Gegner des Judentums in der Fraktion diese Frage nur im Zusammenhang mit den überragenden wirtschaftspolitischen und sozialen Problemen gelöst wissen. Einen Fingerzeig nach der Richtung hin, in der zum mindesten die Kreuzzeitung leute die konservative Parteidoktrin gehalten lassen möchten, bietet eine Ausführung, die die „Kreuzzeitung“ heute an einer Stelle bringt, wo man bei ihr politische Kundgebungen sonst nicht zu suchen pflegt. In dem „wirtschaftlichen Wochenbericht“ des Blattes werden Ideen ausgesprochen, an denen die Sozialdemokraten ihre größte Freude haben müssten.

Abg. Dr. Lieber (Btr.): Die Erklärungen des Finanzministers und des Eisenbahnministers, welche für die Zukunft eine Vermeidung von Überschreiterungen der Voranlässe, soweit das möglich sei, in Aussicht stellten, müssen dem Hause für jetzt durchaus genügen. Man müßt erst die Erfüllung dieser Zusicherung abwarten. Vor dem Betreten des vom Abg. Sattler vorgeschlagenen Weges, erst die Vorarbeiten und dann den definitiven Bau zu bewilligen, muß entschieden gewarnt werden. Wir würden dann in einem unerlösen Meer von Projekten treiben und einem verstärkten Wettbewerb um neue Bahnen gegenüberstehen. In der Kommission hat

Der Verfasser findet, daß Singer recht hat, wenn er einem amerikanischen Interviewer erklärt, die Zukunftshoffnung der Sozialdemokratie beruhe im Wesentlichen auf der Überhandnahme der monopolistischen Gebilde in der Industrie. Die „Kreuztg.“ sagt, daß Preiskartelle, Trusts, Verkaufsvereinigungen usw. geradeswegs zum Kommunismus führen. Dann wird fortgefahrene: „Die konservative Partei beräth augenblicklich ein neues Programm, und will darin auch auf wirtschaftlichem Gebiete entschiedener Stellung nehmen zu den modernen Problemen. Sie wird sich darüber klar werden müssen, wie weit sie in der Vertheidigung des Privateigentums, das durch die in ihr letztes Stadium getretene Entwicklung der kapitalistischen Produktion und des Börsenhandels auf Ernstlichste gefährdet wird, gehen will. Mit der Formel: „Schutz dem gewerblichen Mittelstande“ ist nicht viel gesagt, denn einen solchen Mittelstand wird es nicht lange mehr geben, und auch er befindet sich im Bauhafen monopolistischer Bestrebungen, zielt also auch am letzten Ende unbewußt auf eine Erleichterung des Überganges zum Kommunismus. Die Innungen möchten Produktivgenossenschaften werden, die Detailhändler streben nach einem Zusammenschluß zu gemeinsamem Bezuge ihrer Waaren. Alle diese Zentralisierungen sind ja vor der Hand noch nicht durchführbar, aber nur weil der erforderliche „Gemeinsinn“ noch fehlt. Die Empfindung aber, daß das „freie Spiel der Kräfte“ aufhören und eine straffe Organisation aller gewerblichen Berufsgenossen an seine Stelle treten müsse, beherrscht trotzdem auch das Kleingewerbe. Die Leute ahnen nur nicht, daß auch dieser Weg für sich allein zum Kapitalismus und durch ihn zum Kommunismus führt.“ So der Börsenredakteur der „Kreuztg.“, der jedenfalls auch weiß, woher der Wind weht. Seine Vorschläge, die in der Einführung des Befähigungs nachweises und ähnlicher verschollener Karitäten gipfeln, kann man auf sich berufen lassen. Aber was die angeführte Stelle wieder einmal beweist, das ist die auf fallend enge Verführung rechtskonservativer Anschauungen mit dem ausgesprochenen Sozialismus. Der Unterschied besteht nur darin, daß die um Hammerstein und die um Bebel verschiedene Mittel und Wege zur Lösung der Wirtschaftskämpfe vorschlagen. Gemeinsam ist und bleibt ihnen die theoretische Grundanschauung von der Hoffnungslosigkeit der gegenwärtigen, auf der freien Verhüttung der Kräfte beruhenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung.

Sollen die Bemühungen zur Umgestaltung des konservativen Parteidoktrinums in dieser Richtung gehen, dann müßte man die Berathungen und ihr Ergebnis immerhin als ein wirklich hervorragendes Ereignis betrachten.

Der Kaiser soll auf die Anzeige von des Grafen Herbert Bismarck auf Verlobung an diesen ein in den herzlichsten Worten abgefaßtes Glückwunsch - Telegramm gefunden haben.

Dem Kronprinzen ist anlässlich seines zehnjährigen Geburtstages vom Kaiser der Schwarze Adlerorden verliehen worden.

Ende 1891 wurde der frühere Konsul und jetzige Hilfsarbeiter in der Kolonial-Abteilung des Auswärtigen Amtes, J. v. Puttkamer, zum kaiserlichen Kommissar für das Togoschutzbereich ernannt, doch war damit das Provisorium in der Beziehung dieses Postens noch nicht beendet, der neu Ernannte blieb noch bis jetzt im Auswärtigen Amt beschäftigt und der Kanzler Graf Pfeil führte seine Vertretung weiter und wurde deutscher Bevollmächtigter für die Grenzfeststellung mit den Engländern. Die bezüglichen Verhandlungen sind, soweit sie in Afrika überhaupt geführt werden können, dem Vernehmen nach beendet und Graf Pfeil wird nächsten Monat hierher zurückkehren, zugleich geht der kaiserliche Kommissar nunmehr auf seinen Posten ab, so daß jetzt dem mehrijährigen Provisorium dort ein Ende gemacht wird.

In parlamentarischen Kreisen ist der „Frankf. Btg.“ aufgeseitens gewisser Personen, die vielleicht dem Fürsten Bismarck nahe stehen, neuerdings davon gesprochen worden, Graf Caprivi werde nicht mehr lange bleiben können, weil er im Reichstage die Unterstützung des Zentrums und der Konservativen verlieren würde, denen er das Volkschulgesetz und einen ultramontanen Landwirtschaftsminister versprochen habe, was er jetzt so wenig halten könnte, wie die Busage der zweijährigen Dienstzeit an eine süddeutsche Regierung. — Was doch Fürst Bismarck nicht Alles weiß!

Nach einer Meldung der „Westf. Volks-Btg.“ in Bochum hat der Staatsanwalt in Essen die formelle Voruntersuchung gegen den Kommerzienrat Baare wegen wissenschaftlichen Meineids eröffnet. — Im Gegensatz zur „Westf. Volks-Btg.“ wird der Berliner „Volks-Btg.“ geschrieben, daß die Anklage gegen Baare, falls sie erhoben wird, nicht auf wissenschaftlichen, sondern auf fahrlässigen Meineid lauten würde.

Herr Dr. Alex. Meyer hat, wie die „Bib. Kor.“ hört, als bald nachdem ihm das Schreiben des Lotterepatrioten Kuhn in der Schloßplatz-Angelegenheit zugegangen war, dem letzteren brieflich geantwortet, daß er weder gedacht, noch in seiner Rede in der letzten Sitzung der Stadtverordneten-Beamtung gesagt habe, daß irgend ein Mitglied des Schloßfreiheitskomites finanzielle Vorteile aus der Lotterie gezogen habe. Selbstverständlich habe er bei der Konstatirung der Thatstache, daß große Summen als Lotterie-Provisionen eingestrichen worden seien, nur die Bank-Institute gemeint, welche die Finanzirung der Lotterie

übernommen hatten. Er (Meyer) werde in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung darüber keinen Zweifel bestehen lassen. Was die Behauptung Kunzes betrifft, daß er im Auftrage des Kaisers mit der Stadt wegen Anlegung der Schloßterrassen in Verhandlung stehe, so hat Dr. Meyer konstatiert, daß ihm von einem seitens des Kaisers an Herrn Kunze ertheilten Auftrage nichts bekannt gewesen sei. Das Gleiche gelte von den Beziehungen, in denen Herr Kunze zu einem seiner Verwandten zu stehen behauptete. — Die „Liberale Korrespondenz“ kann hinzufügen, daß der „Neffe“ Meyers, als dessen Protektor Herr Kunze sich aufspielt, ein Steffohn seiner (Meyers) Schwester ist. — Wie die Antwort des Herrn Dr. Meyer ausgesprochen sein würde, wenn ihm bei Abschaffung derselben die Veröffentlichung des Kunzischen Schreibens in der „Kreuzta.“ bereits bekannt gewesen wäre, ist leicht zu errathen. In der Sache ist diese Veröffentlichung nicht zu bedauern, da sie für jeden unbefangenen Leser klar stellt, daß der Unternehmer der Schloßplatzweiterungsprojekte sich in der Lage eines Ertrinkenden befindet, der sich an jedem Stromalm anflammt, um sich zu retten. Nur so ist es zu erklären, daß der Votterepatent Kunze jetzt plötzlich den Versuch macht, sich mit der Person des Kaisers zu decken. Ob ihm das gelingen wird, bleibt abzuwarten. Nachdem Herr Kunze in seinem seitens Schreiben an Dr. Alex. Meyer bewiesen hat, wie schwer es ihm ist, klare und unzweideutige Worte richtig zu verstehen, erscheint es keineswegs ausgeschlossen, daß seine Meinung, der Kaiser habe ihn mit Verhandlungen „mit der Stadt“ über die Schloßterrassen-Angelegenheit beauftragt, ebenfalls auf einem Missverständnis über die Aufnahme beruht, welche seine Mittheilungen über das in Rede stehende Projekt an der bezeichneten Stelle gefunden haben. Verhandlungen dieser Art wären selbstverständlich nicht Sache des Herrn Ober-Berwaltungsgerichtsraths Kunze, sondern diejenige des Ministers des königlichen Hauses. Wie die Dinge in Wirklichkeit liegen, werden die bevorstehenden Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Antrag der freisinnigen Partei klar stellen.

— Über die sog. Enthüllungen Ahlwardts in Sachen der „Judenflinte“ hat, wie nach der „Lib. Korr.“ zuverlässig verlautet, der Kriegsminister unmittelbar nach der Veröffentlichung der bezüglichen Broschüre eine eingehende Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis veröffentlicht werden soll. Wenn das Ergebnis der Untersuchung über alle Behauptungen Ahlwardts auch zur Zeit noch nicht vorliegt, so läßt sich der „Lib. Korr.“ zufolge doch jetzt schon sagen, daß die Mittheilungen Ahlwardts sich in allen Hauptpunkten als Erfindungen erwiesen haben; woran wir, bemerkt die genannte Korrespondenz, für unseren Theil keinen Augenblick gezweifelt haben. Indem wir Vorstehendes mittheilen, können wir, meint die „Lib. Korr.“ weiter, den Ausdruck des Erstaunens darüber nicht zurückhalten, daß namentlich nach den Verhandlungen über den Bekleidungsprozeß, den der Berliner Magistrat gegen den Rektor Ahlwardt angestrengt hatte, in weiteren Kreisen die Ausstreuungen eines Mannes, den der Staatsanwalt als berufsmäßigen Verleumder gekennzeichnet hat und dessen Unzurechnungsfähigkeit gerade jene Verhandlungen in das hellste Licht gestellt haben, ernsthafte Beunruhigungen hervorzurufen im Stande gewesen sind. Wie das auch zu erklären sein mag, jedenfalls wird die in Aussicht stehende Veröffentlichung des Kriegsministeriums der Beunruhigung über die angebliche Thatsache, daß in der deutschen Armee 400 000 „geflickte“ Gewehre zur Ausgabe gelangt seien, ein Ende machen.

— Die „Nordd. Allg. Ztg.“ und mehrere andere Berliner Blätter veröffentlichten folgendes Zeugniß, welches der Fabrik Ludwig Löwe u. Comp. nach Beendigung der Gewehrlieferung der Präses der königlichen Abnahmekommission, Unterdirektor der königlichen Gewehrfabrik in Danzig, Hauptmann Klopsch, ausgestellt hat:

Abnahmekommando 1 Berlin, Martinikenfelde, 24. Dezember 1891. An die Kommandit-Gesellschaft auf Aktien Ludwig Löwe u. Comp. hier. In Erwideration des künftigen Schreibens vom 16. November 1891, teilt das Kommando Wohlderselben ganz ergeben mit, daß die von der Firma gelieferten Gewehre 425 000 M. 88 in jeder Beziehung den an sie gestellten Anforderungen entsprochen haben. gez. Klopsch.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bemerkt im Anschluß hieran u. A.: Es sei eine sehr bedenkliche Lücke in unserem gesammten Rechtsleben, wenn einseitige Behauptungen wochenlang ungestört in weitestem Umfange verbreitet werden können, während die Berichtigung und Widerrufung solcher Behauptungen nach einem umständlichen und schwierigen Beweisverfahren erst so viel später nachzuhumpeln vermögen. Enorme Schädigungen an öffentlichem und an privatem Interesse seien dann überhaupt nicht mehr gut zu machen.

Die „Konf. Korresp.“ bemerkt in derselben Sache Folgendes:

Das Verhalten Ahlwardts ist also in jedem Falle als unpatriotisch zu verurtheilen und ein schleuniges Einschreiten der Behörde dagegen wäre, selbst die Wahrheit der Broschüre vorausgesetzt, wenn überhaupt sehr erwünscht gewesen.

Die „Frei. Ztg.“ widerlegt im Einzelnen noch folgende Punkte der Ahlwardtschen Schrift:

Zu der Anschuldigung, daß beim Abschluß der Löwischen Lieferungen Tausende von Gewehren, in Kisten verpaßt als Eisentheile mit Holz verbunden, offenbar zu unerlaubten Zwecken nach Hamburg gehen, bemerkt sie, nachdem das Kriegsministerium die Herstellung des neuen Gewehres für die Privatindustrie völlig freigegeben hat, ist von der Firma Löwe eine Gewehrlieferung übernommen worden für eine auswärtige, außereuropäische Regierung. Auf Wunsch der Regierung werden die betreffenden, natürlich ordnungsmäßig hergestellten Gewehre über Hamburg verschickt, in Kisten verpaßt mit der Aufschrift „Eisentheile mit Holz verbunden.“ Eine andere Beschuldigung ist die Behauptung, daß drei königliche Büchsenmacher, welche im Anschluß die Revision der Gewehre vorzunehmen haben, zusammen mit monatlich 270 Mark von der Fabrik bestochen worden seien. Die genannten Büchsenmacher haben indeß mit Vorwissen und Willen der vorgesetzten Militärbehörde in ihren Feierabendstunden Arbeiten in der Löwischen Fabrik au geführt und sind hierfür entsprechend bezahlt worden. Weiterhin wird behauptet, die Direktion habe mittels eines Nachschüffels Patronen stehlen lassen, um die Zahl der verschossenen Patronen größer erscheinen zu lassen, und damit zu verdecken, daß Gewehre gefertigt worden sind, welche nicht Schießproben durchgemacht haben. Der Arbeiter Gans, den Ahlwardt als seinen Hauptzeugen ansführt, hat nun bekannt, Patronendieb zu sein. Er hat im Ganzen acht Stück geholt und dieselben an Meister gegeben, welche dieselben an einem Feierabend zu privaten Schießversuchen verwandten.

Der Ubg. Graf Kleist-Schmenzin war in der Fraktionszügung der konservativen Partei des Abgeordnetenhauses, in welcher über das Vorgehen gegen v. Heldorf berathen und beschlossen wurde, nicht gegenwärtig. In Folge des gegen Heldorf gerichteten Beschlusses hat Graf Kleist, wie schon telegraphisch gemeldet, nunmehr seinen Austritt aus der Fraktion erklärt.

Zum etatsmäßigen Präsidenten des Amtes errichtet in Berlin ist, wie die „Post“ hört, der Landgerichtspräsident Dr. Beseler in Oppeln, ein Sohn des bekannten Germanisten, ernannt worden. Dr. Beseler war früher schon am Stadtgericht zu Berlin thätig.

Wie der „Bresl. Ztg.“ aus Berlin gemeldet wird, werden in der diesjährigen Generalversammlung des Vereins deutscher Eisenbahnen-Verwaltungen in Hamburg mehrere Angelegenheiten von internationaler Bedeutung zur Beschlusssfassung gelangen. Die eine derselben betrifft die allgemeine Einführung der Bonenzeit, die andere den Ausbau des internationalen Rundfahrverkehrs, und endlich die dritte die Vergrößerung der Betriebssicherheit; auch eine Erleichterung des Weltgüterverkehrs ist angeregt.

Zu einer allgemeinen Wallfahrt zum Grabe des heiligen Onofratius in Fulda für den 7. Juni lädt ein Aufruf ein im Anschluß an einen Erlass des Bischofs von Fulda vom 10. April. Als Zweck der Wallfahrt wird angegeben, die Befreiung des hl. Stuhles aus seiner unwürdigen Lage zu erleben. Die Christlichkeit sehe den Papst der Unabhängigkeit und Freiheit vertraut, er sei ein Gefangener in seinem eigenen Palaste u. s. w. Die Wallfahrt soll also zu Ehren der Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes stattfinden. Unterzeichnet ist der Aufruf von vielen Reichstags- und Landtags-Abgeordneten der Zentrumspartei, zum Beispiel vom Grafen Bollstrem, v. Grand Ry, Hütte, v. Nebler und Lingens.

Über die Grenzfeststellungen im Togogebiet zwischen Deutschland und England sind nach der „Post. Ztg.“ die Verhandlungen, so weit sie in Afrika geführt werden können, beendet und der deutsche Bevollmächtigte, Graf Pfeil, wird im nächsten Monat nach Berlin zurückkehren.

München, 7. Mai. Vor gestern Nacht um 11 Uhr p l a c t e vor dem Hause des allgemein geachteten Oberleiters Rößberger in Miesbach eine Dynamitpatrone, welche den Thürstock zerstörte. Persönliche Rache soll die Veranlassung hierzu gegeben haben.

Parlamentarische Nachrichten.

L. C. Berlin, 7. Mai. Dem Abgeordnetenhaus ist heute der bereits angekündigte Gesetzentwurf betr. die Geheimhaltung der Ergebnisse der Veranlagung zur Staatskommunikation zugegangen. Nach der Vorlage soll der Widerspruch, der zwischen der Bestimmung des § 39 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891, wonach der Vorstand der Veranlagungskommission das Ergebnis der Veranlagung dem Steuerpflichtigen mittels einer verschlossenen Mitteilung bekannt zu machen hat und der in einer Reihe von Gelezen vorgelesenen Offenlegung der Steuerlisten unzweifelhaft besteht, durch folgende gesetzliche Bestimmungen beseitigt werden. Wo die Steuerlisten (Heberrollen) über die ganz oder zum Theil nach dem Maßstabe der Staatskommunikation vertheilten Steuern der Kommunal- und sonstigen öffentlichen Verbände öffentlich ausgelegt werden, ist das Recht der Einsichtnahme für jeden Beteiligten auf die Befugnis beschränkt, von der eigenen Veranlagung Kenntnis zu nehmen. Ferner: In Wahllisten der kommunalen und sonstigen öffentlichen Verbände, welche unter anderem nach Maßgabe der von den Wählern zu entrichtenden Einkommensteuer aufgestellt und öffentlich ausgelegt werden darf, was die Angaben der steuerlichen Verhältnisse betrifft, nur der für die betreffende Wahl zu gebende Gesamtbetrag der von jedem Wähler zu entrichtenden Steuern eingetragen werden. — Was die erstere Bestimmung betrifft, so wird in der Begründung bemerkt, daß durch dieselbe mittelbar auch verhindert werde, daß eine Drucklegung der Steuerliste und eine öffentliche Verbreitung derselben, wie solche bisher an einzelnen Orten (namentlich in der Rheinprovinz) erfolgt ist, fernerhin stattfinde. Ein drittes Verbot einer solchen Drucklegung von Steuerlisten werde dagegen im Hinblick auf das Reichs-Preßgesetz im Wege der Landesgelehrung nicht erlassen werden können. Im Übrigen werde die Fassung des Gesetzes keinen Zweifel daran aufkommen lassen, daß es auch in Zukunft dem Steuerpflichtigen unbenommen sei, sich davon Überzeugung zu verschaffen, daß seine Heranziehung unterblieben ist. Die zweite Bestimmung ist im Grunde nur die Ausdehnung der in der Anweisung I zur Ausführung der Landgemeindeordnung für die östlichen Provinzen enthaltenen Bestimmung über die Offenlegung der Steuerliste. Beabsichtigt Geheimhaltung der Veranlagung des Steuerpflichtigen zur Staatskommunikation wird der Begründung zufolge die Vorschrift, daß in Betracht zu ziehenden Steuerbeträge des Einzelnen nur im Ganzen anzugeben sind, ausreichend sein, da bei den hier in Betracht kommenden Wahlen nirgends die Staatskommunikation allein zu Grunde gelegt wird. Daß in den beabs. der Wahl der Mitglieder des Hauses der Abgeordneten aufzustellenden Urwähler- und Abstimmungswählern die von den Wählern zu entrichtenden Steuern im Einzelnen angegeben werden, beruht nach der Auffassung der Regierung, nicht auf der Bestimmung der Verordnung vom 30. Mai 1849, sondern auf dem von dem königl. Staatsminister zu dieser Verordnung erlassenen Reglement vom 4. Septbr. 1882. Die Abänderung dieses Reglements im Sinne des Gesetzesentwurfs bleibt vorbehalten. Zur Ausführung des Gesetzes wird noch bemerkt, daß in den von den Ministern des Innern, der Finanzen und des Unterrichts zu erlassenden Anweisungen insbesondere Anordnung dahin zu treffen sein werde, daß zur Sicherung der Erreichung der Absicht des Gesetzes die Offenlegung der Steuerlisten und die Gestattung der Einsichtnahme derselben nach § 1 nur unter Kontrolle eines Beamten des betreffenden kommunalen Verbandes und unter Feststellung der Identität des Einsicht Begehrenden erfolge und daß die Beauftragung etwaiger Beobachter der Vertretungen dieser Verbände wegen Veröffentlichung der Steuerlisten von den Aufsichtsbehörden rechtzeitig veranlaßt werde.

L. C. Berlin, 7. Mai. In der Kommission des Abgeordnetenhauses betr. das Dienstekommen der Lehrer an nichtstaatlichen Anstalten kam heute die Beratung des § 2 nicht zum Abschluß. Die Regierungsvorlage stellt den Gemeinden frei, von der Einführung der Alterszulagen einen Abstand zu nehmen, um den Kommunen nicht allzu große Lasten aufzuerlegen. Aus der Kommission wird beantragt, den § 2 ganz zu streichen, also die Gemeinden zur Gewährung der Alterszulagen nach dem Normalat zu verpflichten. Der Regierungskommissar befürwortet diesen Antrag, der übrigens auch in der Kommission Widerspruch findet. Eine Abstimmung ist noch nicht erfolgt.

L. C. Berlin, 7. Mai. In der Kommission für das Tertiärbahnengesetz wurde § 2, Erteilung der Genehmigung

Wie ein Panorama entsteht.

Von Philipp Stein.

(Nachdruck verboten.)

Der dieser Tage gemeldete Brand des Wiglheimischen Jerusalemm-Panoramas in Wien und die neulich Eröffnung des Neapel-Panoramas in Berlin, das hier an die Stelle des Wiglheimischen Rundbildes getreten ist, hat die Panoramisten wieder mehr auf die Tagesordnung der öffentlichen Diskussion gebracht. Die Vernichtung des Jerusalemm-Panoramas bedeutet einen Verlust von 2 Millionen Mark. Wenn jetzt vielfach dieses Panorama als ein „gewaltiges“ bezeichnet wird, so ist das insofern unrichtig, als dieses Rundgemälde nicht größer, nicht „gewaltiger“ als jedes andere ist. Denn lange schon werden die Panoramisten fast alle in gleicher Größe hergestellt, damit sie an verschiedenen Stätten gezeigt werden können. Nur so ist es möglich, die großen Kosten eines Panoramas zu decken und die Arbeit des Malers nach Gebühr zu belohnen.

Diese Arbeit ist in der That sehr groß und mühsam, besonders wenn es sich nicht um ein Landschafts- oder Architekturpanorama handelt, sondern um ein Rundgemälde, das eine Schlacht oder eine hervorragende Episode aus derselben darstellen soll. Da muß denn der Künstler erst genaue Zeit genaue Terrainstudien an Ort und Stelle vornehmen, muß dann sich eingehend dem Studium des kriegswissenschaftlichen Theils, des Generalstabswerkes und der Kriegsgeschichte der einzelnen Regimenter widmen und in eine sehr ausgedehnte Korrespondenz mit den Regiments-Chefs eintreten. Fragebögen zirkulieren bei den noch aktiven, wie bei den bereits pensionirten Offizierern, die an der Schlacht teilgenommen, da müssen Porträts beschafft und die Art der beteiligten Regimentspferde festgestellt werden. Von allen Seiten laufen nun ausführliche Mittheilungen ein und — widersprechen sich. Da gilt es nun zu sichten und zu ordnen und das über groß angelegte Material zu prüfen bereits im Hinblick auf seine malerische Wirkung, denn inzwischen hat immer lebensvoller vor dem gefüllten Auge des Künstlers das Bild der darzustellenden Schlacht sich entrollt und in verschiedenen manigfachen Kompositionen hat er in größeren und kleineren Stücken die einzelnen Szenen, verschiedenartig aufgefaßt, dargestellt. Bei einem Bild, das weniger Komposition erfordert, also bei einem Stadt- oder Landschaftsbild, sind die Vorarbeiten ja weniger umfangreich — die Entwicklung des Werkes ist natürlich dieselbe.

Der Künstler beginnt nun seine Arbeit und zwar arbeitet er inner-

halb eines aufrecht stehenden Leinwand-Zylinders, der genau ein Sechstel der Größe des künftigen Panorama's umfaßt — da unsere Panoramai 16 Meter hoch und 118 Meter lang sind, ist also dieser Zylinder, auf dessen Leinwand das Bild nun entworfen wird, 1,60 Meter hoch und 11,80 Meter lang. In völlig genauer Zeichnung wird nun zuerst die Landschaft geschaffen, mit allen Höhen und Niederungen, Wegen, Wäldern ic. und bei der Zeichnung der Bodenbeschaffenheit muß bereits der nach Vollendung des Panoramabildes herzustellende plastische Hintergrund, der den Übergang zu dem eigentlichen Gemälde in einer für den Beschauer möglichst unmerklichen Art zu vermitteln hat, vollständig berücksichtigt werden.

Inzwischen hat der Künstler aus seinen verschiedenen Kompositionsentwürfen das Passendste ausgewählt. Nun werden die Einzelgruppen eingezzeichnet und die Ausarbeitung der einzelnen Figuren — immer noch in der Skizze — beginnt. Dazu sind natürlich ausgedehnte Studien nach dem Modell nötig. Jetzt wird bereits jedes Detail, jedes militärische Abzeichen, jeder Knopf berücksichtigt, ebenso geht natürlich bei der Darstellung von Straßenzenen die Entwicklung der Arbeit vor sich — immer aber muß dabei schon die große perspektivische Aufgabe berücksichtigt werden: jede Figur auf dem nach dieser Skizze aufzuführenden Rundgemälde muß trotz der Entfernung vom Standpunkt des Beschauers lebensgroß erscheinen; ebenso muß schon jetzt in der Vorentfernung des Ganzen der beabsichtigten Wirkung der Komposition Rechnung getragen werden.

Wenn nun so nach den einzelnen farbigen Studien die genauen Konturen in die Komposition eingetragen sind, werden von dem Ganzen Pausen hergestellt, in denen jedes Detail, scharf mit der Feder umrissen, klar ausgearbeitet ist. Diese Pausen werden dann, in 100 Quadrate eingeteilt, auf Gläsern photographiert und nun mit den sämtlichen, oft mehr als hundert farbigen, metergroßen Studien-Skizzzen in das Panoramagebäude gebracht, wo die Ausführung des eigentlichen Bildes stattfinden soll. Hier ist nun die 16 Meter hohe, 118 Meter lange, zur Aufnahme des Gemäldes bestimmte, übrigens dreimal gründete Leinwand bereits in der Weise aufgespannt, wie der Beschauer sie später als Rundgemälde erblickt. Diese Leinwand wird nun gleichfalls in 100 Quadrate eingeteilt, die natürlich also zehnmal größer sind als die von den Pausen auf die Gläsern photographierten Quadrate. Natürlich tragen die Quadrate auf der Leinwand dieselbe Nummer, wie die Quadrate auf den Gläsern, die nun als Objekte einer großen Camera obscura benutzt werden, mit deren Hilfe

die ganze Komposition in zehnmaliger Vergrößerung auf die Leinwand übertragen wird. Diese Arbeit beschäftigt zwei geübte junge Künstler nicht weniger als vollauf sechs Wochen.

Ist diese Übertragung nun vollendet, so beginnt die eigentliche Arbeit des Malers. Eine große Sammlung von Waffen, zerbrochenen Helmen ic. oder aber bürgerlichen Gerätschaften aller Art befindet sich als Hilfsmaterial in buntem Durcheinander nebst jenen vorerwähnten farbigen, völlig ausgeführten Naturstudien im Panoramabau neben der Farbenkammer, die mit ihren Hunderten von Pinseln aller Größen bis hinab zu den kleinsten Haarpinseln eine eigene Bedienung erfordert. Rund innerhalb der Leinwand laufen eiserne Schienen, auf denen wie gewaltige Eisenbahnen die bis zu 16 Meter hohen Gerüste, die den Malern als Standort dienen, hin- und hergezogen werden. Es ist eben neben der Arbeit des künstlerischen Schaffens auch eine nicht unwesentliche Aufwendung physischer Kraft notwendig, um die ungeheure Fläche der Leinwand mit dem Getümmel des Kampfes zu beleben oder mit dem Durcheinander des Strazentreibens, der weiten Fläche des blauen Meeres, dem weitgepannten Himmelssdom. Aufs Genaueste ist die Lichtwirkung zu studiren, die durch von oben einfallendes Licht, durch einen Reflektor ic. wesentlich erhöht wird.

Ist dann nach monatenger langer eigener Arbeit das eigentliche Bild vollendet, so beginnt der Bau des natürlichen Hintergrundes. Man ging darin früher viel weiter als jetzt; man suchte durch natürliche Wasserfälle zu wirken, durch halb gemalte, halb ausgestopft daliegende „Tote“. In dem Panorama der Schlacht bei Waterloo, das in den sechziger Jahren in Antwerpen entstand, ist eine Ecke eines englischen Carrés etwa 30 Mann, ebenso 15 Franzosen und eine ganze Batterie völlig plastisch dargestellt — das schafft jedoch keine größere Lebendigkeit, sondern wirkt mehr Marionettentheat. In der Gegenwart, da die Panoramakunst eine künstlerische Höhe erreicht, übrigens auch unsere Malerei überhaupt zu schrofferer Zeichnung erzogen hat, wird auch die Behandlung des Hintergrundes mehr rein künstlerisch aufgeführt. Man bringt ihn in enge Verbindung mit dem Bilde, man führt eine Mauer, ein Dach, oder eine Chaussée, ein Stück begrasten Bodens aus dem Bilde zur Erhöhung der Illusion figürlich fort und giebt eben nur so viel als nötig ist, um den Beschauer darüber zu täuschen, daß er ein Bild vor sich hat: wie in voller plastischer Greifbarkeit soll Alles erscheinen.

Bon der hier kurz dargelegten Entstehungsgeschichte des Panoramabildes wird in einigen Einzelheiten hier und da wohl abweichen werden, das Prinzip bleibt jedoch stets das gleiche.

zung nach der Vorlage angenommen; mit einem Zusatz (§ 2a), der bezüglich der Aufsichtsbehörden beim Bau einer Ergänzungsbahn bestimmt trifft. In § 3 wurde bestimmt, daß nur die im Aufzendenten angestellten Beamten ihre Beschriftung nachzuweisen haben. §§ 4–7 wurden ohne wesentliche Änderung angenommen.

Aus dem Gerichtsaal.

Posen. 9. Mai. [Schwurgericht.] Die Verhandlung gegen den Handelsmann Wolff Dann und dessen Chefrat Helene geb. Cohn aus Rogasen am 7. Mai d. J. hat den ganzen Tag in Anspruch genommen. Nachts um 1 Uhr wurde das Urteil verkündet, dahin lautend:

dass Wolff Dann des Meineides in zwei Fällen, der Anstiftung zum Meineide in drei Fällen, der unternommenen Verleitung zum Meineide in drei Fällen und des Betruges in einem Falle schuldig und deshalb mit zehn Jahren Strafe im Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von zehn Jahren zu strafen; dass Helene Dann des Meineides und des Betruges in je einem Falle schuldig und deshalb mit einem Jahre fünf Monaten Zuchthaus, wovon fünf Monate durch die erlittene Untersuchungshaft für verbüßt zu erachten, sowie mit zwei Jahren Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte zu strafen.

Gegen beide Angeklagte wurde auch auf dauernde Unfähigkeit, als Zeuge oder Sachverständiger ebdlich vernommen zu werden, erkauft.

* **Mainz.** 7. Mai. Das Schöffengericht sprach sämtliche der Beleidigung der Lieutenant Leydhecker und Hüffer angeklagten Redakteure frei.

Polnisches.

Posen, den 9. Mai.

* Eine neue polnische Volkspartei soll nach dem „Hannover-Kour.“ in Berlin von einflussreichen Mitgliedern der polnischen Gesellen-, Turn- und Unterhaltungsvereine begründet werden gegenüber der sozialdemokratischen Agitation unter den Polen. Die Polen, deren Zahl in Berlin auf 40 000 geschätzt wird, wollen in der Pfingstwoche einen Parteitag abhalten, auf dem ein Programm für eine neue polnische Volkspartei aufgestellt werden soll, das neben der Betonung des nationalen, kirchlichen und monarchischen Standpunktes Forderungen zur Hebung der Handwerker und Bauern enthalten wird. Alle Berliner polnischen Vereine sollen dann verpflichtet werden, ihre Mitglieder zur Anerkennung dieses Programms zu veranlassen, wogegen sozialdemokratische und anarchistische Mitglieder gänzlich ausgeschlossen sein sollen.

Locales.

Posen, den 9. Mai.

br. Das Fest der silbernen Hochzeit haben am Sonnabend die Schmiedemeister Spiller'schen Eheleute hier selbst gefeiert. Das Jubelpaar wurde von seinen Freunden, Verwandten und Freunden im Laufe des Tages in herzlichster Weise beglückwünscht.

br. Elsfeld. Ein Kanonier der 3. Kompanie des Niederschlesischen Fuß-Artillerie-Regiments Nr. 5 hat sich am Sonnabend kurz vor 12 Uhr Mittags auf Posten in der Nähe des Feldthors am Kornwerk erschossen. Der Kanonier war von einem Offizier auf seinem Posten schlafend betroffen worden und aus Furcht vor Strafe hat er sich mit seinem Gewehr in das eine Auge geschossen, so daß die Kugel zum Hinterkopf wieder herausbrang und der Unglücksliche bald darauf verstarb. Er wurde durch mehrere Artilleristen alsbald nach der Todtenkammer des Garnisonlazareths geschafft.

br. Unfall mit tödlichem Ausgang. Der Defonomie-Handwerker (Schuhmacher) S. beim Bekleidungsamt des fünften Armeekorps hier selbst wollte am Sonnabend etwa um 1½ Uhr Mittags kurz vor Wiederantritt des Dienstes noch einmal zur Bedürfnisanstalt gehen und sprang, da er es eilig hatte, die sieben zu der selben führenden Stufen hinauf, trat dabei fehl, glitt aus und stürzte auf der Treppe so unglücklich auf die linke Seite, daß ein Blutgefäß barst und der Unglückliche eine halbe Stunde später auf dem Transporte nach dem Garnisonlazareth starb. S. diente bereits im dritten Jahr, war ein ordentlicher, tüchtiger Soldat und fleißiger Arbeiter, der sich schon jetzt auf den Tag seiner Entlassung vom Militär gefreut hatte.

* Die Nachrevision der Erhebung der Einkommensteuer auf Grund des neuen Gesetzes wird, wie die „Börs. Btg.“ hört, mit peinlicher Sorgfalt geführt werden. Die ganze Anordnung beruht theils auf direkten Wahrnehmungen der Behörden, theils auf unmittelbaren Vorstellungen, welche an das Finanzministerium über mancherlei Unzuträglichkeiten bei der Steuererhebung gelangten, welche theils lästig für die Besteuerten, theils beeinträchtigend für die Zwecke der Regierung erscheinen mußten. Eine veränderte Wirkung auf die erfolgte Steuererhebung wird die Revision freilich nicht haben.

Telegraphische Nachrichten.

Frankfurt a. M., 7. Mai. Das Bankhaus Rothschild erhöhte die Prämie für die Erfahrung des Kassierers Jäger auf 10 000 M.

Bremen, 7. Mai. Der bekannte biege Dramaturg und Literaturkritiker Dr. Bulthaupt hat von der preußischen Regierung einen Ruf als Professor der Literatur und Ästhetik an der Düsseldorfer Kunstabademie erhalten. Dr. Bulthaupt wird dem Ruf vorausichtlich Folge leisten.

Bremen, 7. Mai. Wie die „Weserzeitung“ hört, ist auf dem hiesigen Schlachthof die Maul- und Klauenpest ausgebrochen; bis auf Weiteres sei der Abtrieb von Schlachtvieh untersagt.

Leipzig, 7. Mai. In dem Prozeß der Buchhandlungsfirma Mayer und Müller in Berlin gegen den Vorstand des Börsvereins der deutschen Buchhändler wegen der von dem letzteren gegen die Firma verhängten Scherrahmeregeln ist Klägerin, welche bereits gegen zwei Vorstandsmitglieder den Anspruch auf Schadensersatz durch fünf Instanzen, darunter zweimal das Reichsgericht, verfolgt hatte, heute vom Landgericht Leipzig mit ihrer Schadensersatzklage gegen die übrigen vier Vorstandsmitglieder abgewiesen und in die Prozeßkosten verurtheilt worden.

Wien, 7. Mai. In Folge von Verhandlungen der streikenden Kutscher mit der Gewerbebehörde werden, wie man annimmt, heute Abend oder morgen früh etwa 1000 Fuhrwerke die Fahrten wieder aufnehmen.

Peß, 8. Mai. Nach einer Meldung der Blätter explodierte in Bercz im Nagy-Banyaer Comitate vor dem Hause des Bergwerksbeamten Fabian eine Dynamitpatrone, ohne Schaden anzurichten; der Urheber der Explosion ist unbekannt. Kurz darauf flog das Haus des Kreisnotars Papp infolge einer Dynamitexplosion zur Hälfte in die Luft. Im ganzen Orte wurden dabei die Fenster scheiben zertrümmt, verletzt wurde Niemand. Als Anstifter des Attentats wurde der Rumäne Habits verhaftet, der die That aus Rache begangen hat.

Rom, 7. Mai. Der König konferierte heute Vormittag mit Saracco und Giolitti.

Rom, 7. Mai. Der König konferierte heute Nachmittag mit Grimaldi über die Lage und gab dem Wunsche Ausdruck,

auch Crispi und Zanardelli zu hören, welche jedoch augenblicklich von Rom abwesend sind.

Rom, 7. Mai. Der König konferierte heute Abend mit Nicotera und hat auf morgen Crispi zu einer Konferenz befreit. „Fanfulla“ meldet, Giolitti hätte Rudini ersucht, gegebenenfalls den Vorsitz in dem neuen Kabinett zu behalten; Rudini habe kurz abgelehnt. Die „Opinione“ verzichtet das Gedächtnis von der Bildung eines Kabinetts Giolitti-Saracco. — Die äußerste Linke hat beschlossen, den Kampf gegen ein Kabinett Giolitti sofort wieder aufzunehmen.

Rom, 8. Mai. Die „Agenzia Stefani“ erklärt, der am 7. v. M. zum Botschafter in Berlin ernannte Senator Graf Taverna hätte in Folge der eingetretenen Ministerkrise um Wiederenthebung von dem ihm übertragenen Posten gebeten. Der König habe dieses Gesuch genehmigt.

Rom, 8. Mai. Der König empfängt heute Mittag Crispi, morgen Zanardelli; die Entscheidung über die Kabinetsbildung wird morgen erwartet.

Chatelet, 7. Mai. Heute früh wurde ein Versuch, zwei Häuser von Bierbrauern mit Dynamit in die Luft zu sprengen, entdeckt; es wurden Kartuschen aufgefunden, die noch vollkommen unverändert waren. Die Staatsanwaltschaft hat sofort eine Untersuchung eingeleitet.

Lissabon, 7. Mai. Ein heute veröffentlichtes Dekret des Königs ermächtigt die Bank von Portugal, die Banknoten-Emission auf 54 009 Contos Reis zu erhöhen.

Lüttich, 6. Mai. Auf der Schwelle des Selv'schen Hauses, wo schon am Sonntag eine Explosion erfolgte, wurden heute Patronen mit komprimiertem Pulver gefunden. Heute Abend wurde ein gewisser Fonten verhaftet, der der Verbreitung anarchistischer Schriften verdächtig erscheint.

Gent, 7. Mai. Der holländische Anarchist Boer, welcher von der Polizei einen Ausweisungsbefehl erhielt, wurde heute unter Begleitung von Gendarmerie und Polizei an den Bahnhof gebracht. Da man Ausschreitungen von Seiten der Genossen des Ausgewiesenen befürchtete, waren energische Vorbereitungen getroffen. Es sind jedoch keinerlei Ruhestörungen vorgekommen.

London, 7. Mai. Heute haben die Bergleute in Durham mit 267 gegen 162 Stimmen beschlossen, den Beamten ihrer Vereinigung die Ermächtigung zu ertheilen, bei den zwischen Bergwerksbesitzern und Arbeitern schwedenden Streitfragen eine Einigung herbeizuführen.

London, 8. Mai. Wie das „Reutersche Bureau“ vernimmt, hätte die englische Regierung die Handelsvertrags-Unterhandlungen mit Spanien in Folge maßloser Forderungen der spanischen Regierung abgebrochen.

Athen, 7. Mai. Zwischen Anhängern von Delhannis und von Trifupis kam es in der vergangenen Nacht zu einer Schlägerei, bei welcher Militär einschritt. Die hiesigen Delhannisten rütteten in Folge dessen eine Erklärung an die Regierung, in welcher sie die Verantwortung für die Folgen des militärischen Einschreitens ablehnen und die Absicht kundgeben, der Gewalt mit Gewalt zu begegnen.

Athen, 7. Mai. Der „Paligenesia“ zufolge ist die zwischen Griechenland und der Türkei schwedende Differenz wegen einer zu Griechenland gehörigen und von türkischen Truppen besetzten Grenzstation bei Tyrnavos in freundlicher Weise zu Gunsten Griechenlands beigelegt worden.

Bukarest, 6. Mai. Bisher sind in das hiesige Gefängnis 17 in die Rustschuler Bombenaffäre verwickelte Personen eingeliefert worden.

Cetinje, 7. Mai. Die unter Führung des Konseilpräsidenten nach Skutari abgesandte montenegrinische Mission ist daselbst feierlich unter Sympathiekundgebungen der Bevölkerung aller Glaubensbekennisse empfangen worden.

Wien, 9. Mai. Der Kutscherstreik ist beigelegt. In den gestrigen Abendstunden traten zahlreiche Kutscher wieder ihren Dienst an.

London, 9. Mai. Im Kohlenbergwerk Castle Eden in der Grafschaft Durham griffen gestern ausständige Arbeiter die Bergwerksbeamten, als diese den Schacht verließen, an. Die Angegriffenen flüchteten in das Maschinenhaus. Die einschreitende Polizei wurde von der Menge angegriffen. Der Polizeichef ist schwer verletzt, das Maschinenhaus zerstört. Erst gegen Mitternacht gelang es den verstärkten Polizeimannschaften die Menge zu zerstreuen.

Handel und Verkehr.

** **Berlin**, 7. Mai. [Wollauktion.] Die zweite diesjährige Capwoll-Auktion der Herren Gustav Ebelt u. Co. fand gestern statt. Es hatte sich zu derselben eine gute Anzahl Fabrikanten eingefunden. Der Katalog bot eine gute Auswahl in allen Gattungen und herrsche für Extra super und gute Super snow whites recht lebhafte Nachfrage, während fehlerhafte vernachlässigt waren und sich für fabrikgewachsene Capwollen keine Reaktion eingefunden hatten; auch Cap- und Natal grease verkauften sich befriedigt. Von den ausgebogenen 1285 Ballen Cap extra sup. now white wurden 1117 Ballen verkauft, von 392 Ballen Cap now white und scoured 222 Ballen, von 342 Ballen Cap u. Natal Grease 268 Ballen, von 336 Ballen Cap fabrikgewachsene 81 Ballen, von 39 Ballen melierte Capwolle und Diverse 26 Ballen. Die Preise sind ungefähr dieselben, wie in der vorangegangenen Berliner Januar-Auktion. Es wurde bezahlt für: Cap extra super now white 315 bis 330 Pf., Cap super now white 285–300 Pf., Cap super now white fehlerhaft 260–280 Pf., Cap now white u. scoured 220–255 Pf. per Kilo, Cap fabrikgewachsene nominell, Cap u. Natal grease 114–142 Pf. per Kilo. Die nächste Berliner Capwoll-Auktion findet am Dienstag, den 21. Juni 1892, dem zweiten Tage des Berliner Wollmarktes, statt.

** **Paris**, 7. Mai. Die Banque ottomane soll 17½% Fres. Dividende in Vorschlag gebracht haben.

** **Newyork**, 7. Mai. Nach anfänglicher Festigkeit war die Börse später ermaut und zum Schluss allgemein schwach. Der Umsatz der Aktien betrug 115 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 2 400 000 Unzen geschätzt. Silberverkäufe fanden nicht statt.

Marktberichte.

Bromberg, 7. Mai. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 198–208 M., geringe Qualität 185–197 M., — Roggen 188–198 M., geringe Qualität 180–184 M., — Gerste 150–160 M., Brau- 160–165 M., — Futtererbsen 150–170 M.,

Kocherbösen 190–200 M., Hafer 150–156 M., — Spiritus für 10 000 Literprozent 50er Konsum 61,50 M., 70er 41,75 M.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Mai 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe	Wind.	Wetter.	Temp. Grad
7. Nachm. 2	761,3	W frisch	bedeckt	+ 8,5
7. Abends 9	762,4	N leicht Zug	zieml. heiter	+ 5,
8. Morgs. 7	763,2	SSW leicht	zieml. heiter	+ 4,2
8. Nachm. 2	761,9	SO leicht	heiter	+ 11,6
8. Abends 9	761,9	S leicht	heiter	+ 9,9
9. Morgs. 7	762,5	SSW mäßig	trübe	+ 7,4
Am. 7. Mai	Wärme-Maximum + 9,7° Cels.			
Am. 7. =	Wärme-Minimum + 0,3° =			
Am. 8. =	Wärme-Maximum + 13,1° =			
Am. 8. =	Wärme-Minimum - 0,1° =			

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 7. Mai Mittags 1,66 Meter.
= = 8. = Morgens 1,66 =
= = 9. = Morgens 1,58 =

Gestern Nachmittag 1/3 Uhr entschlief sanft nach längerem Leiden mein threuer Mann, unser lieber Vater, Sohn, Schwager und Schwager,
der Königl. Major a. D. und Dekonome-
Inspektor der Prov.-Irrenanstalt Owińsk

Edmund Nitzsche.

Dieses zeigt im Namen der trauernden Hinterbliebenen, um stillle Theilnahme bittend, an

Margarethe Nitzsche, geb. Rehfeld.

Posen, den 8. Mai 1892.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 10. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Diaconissenanstalt zu Posen aus statt.

Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 7. Mai. Still.
Neue Proz. Reichsanleihe 85 60, 3½ proz. L.-Pfandbr. 97,05. Konso. Türk. 20,10. Türk. Loose 81,00, 4 proz. ung. Goldrente 93,00. Brez. Diskontobank 94,25. Breslauer Wechslerbank 95,00. Kreditaktien 169,75. Schles. Bankverein 110,50. Donnersmarckhütte 79,50. Flöther Maschinenbau —. Katowitz Aktien-Gesellschaft, für Bergbau u. Hüttenbetrieb 117,00. Oberlese. Eisenbahn 54,50. Oberschles. Portland-Cement 85,50. Schles. Cement 117,50. Oppeln Cement 90,00. Oppeln Portland 90,00. Kramitz 123,00. Schles. Zinngitter 192,60. Laurahütte 110,75. Verein. Delfab. 85,00. Österreich. Banknoten 170,85. Russ. Banknoten 215,35. Giebel Cement 90,00.

Frankfurt a. M., 7. Mai. (Schlußkurse). Still.
Lond. Wechsel 20,43 4 proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 80,70, 4½ proz. Papierrente 81,20, do. 4 proz. Goldrente 94,90. 1860er Poste 125,60, 4 proz. ungar. Goldrente 93,00. Stalener 88,9. 1890er Russen 94,30* 3. Orientali. 69,10, unif. Egypter 98,20, ton. Türk. 20,10, 4 proz. türk. Anl. 84,00 3 proz. port. Anl. 28,50, 5 proz. serb. Renten 80,20, 5 proz. amori. Rumäniens 97,80, 6 proz. tonjol. Mexit. 82,70*, Böh. Weißt. 301, Böh. Norobahn 154,00, Franzosen 246%, Galtzter 181%, Gotthardbahn 136,60. Lombarden 75, Lübeck-Büchen 145,50. Nordwestbahn 178%, Kreditaktien 271%. Dormstädter 138,60. Mitteld. Kredit 97,00. Reichsb. 147,70. Dist. Kommandit 192,50. Dresden. Bank 140,60. Pariser Wechsel 81,133. Wiener Wechsel 170,40, serbische Tabakrente 80,50. Bochum. Gußstahl 118,70. Dortmund. Union 58,00. Harpener Bergwerk 142,90. Hibernia 115,00, 4 proz. Spanier 6

